

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 26.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,
Sonnabend, 30. Dezember 1899.

Inserate kosten pro gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31. Verlag: Gofertse 9A.

8. Jahrg.

Jahrhundertwende — Jahreswende.

Die Festglocken läuten das Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein. Hundert Jahre, welche gewaltige Spanne Zeit, welche Fülle hochgeschichtlicher Ereignisse drängen sich darin zusammen. Welche gewaltigen Ringen und Kämpfen für die Entwicklung der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse, für Verbesserung der sozialen und politischen Zustände hat sich darin vollzogen.

Die Reize des verflochtenen Jahrhunderts sah den Beginn des Kampfes der jetzt herrschenden bürgerlichen Klassen gegen soziale und politische Unterdrückung. Die heute so tugendhaften, festen, weil fatten Güter der „Sitte, Moral und Ordnung“, waren einst ingrinnige, begeisterter Revolutionäre, die in der Wahl ihrer Mittel keineswegs blöde, jene Mittel zum Kampfe wählten, die ihnen am zweckmäßigsten erschienen. Der dritte Stand, die Vorläufer des Bürgerthums von heute, war es, der in Frankreich die Bastille stürzte, das Staatsgefängnis, in dem die edelsten Geister eingekerkert waren, und damit jene weltgeschichtliche Wendung des sozialen und politischen Lebens einleitete, welche die Entwicklung des kommenden, nun zu Ende gehenden Jahrhunderts bestimmte.

Der dritte Stand, geknechtet, belastet mit einem Uebermaß sozialer Pflichten, politisch rechtlos, sozial ausgehöhlt, rüstet gegen die ideell und materiell herrschenden Faktoren, Feudalismus und Priesterthum. Die soziale Noth wurde mindestens für den dritten Stand gelindert, ihm wurde die Bahn zu ökonomischer Wachsthervererbung geebnet; die geistige Verkümmern erhielt einen wichtigen Stoß, die Nacht der Dummheit und Unwissenheit mußte den lichtereren Tagen des Wissens weichen: das Jahrhundert der Aufklärung begann! Auch in Deutschland wurden später die Bande des Feudalismus etwas gelockert. Den mächtigen Feudalherren wurden die Krallen etwas gestükt. Leider sind sie wieder nachgewachsen. Das Ende des 19. Jahrhunderts steht den kleinen Landbesitzer in finanzieller Hürigkeit von Geld- und Hypothekenscheinbesitzern, die von der Leibeigenschaft befreiten Feudalflaven, die Landarbeiter, unterliegen der Verarmung, schmachten in ökonomischen Fesseln, die sich in Form der Gesindeordnungen um sie schlingen und bewirken, daß sie sich in einem ausnahmerechtlichen Zustande befinden.

Aber die Geister regen sich, es ist eine Lust zu leben, kann man, wie einst Gutten von seiner Zeit sagte, von der Jetztzeit sagen. Die Geister der „Unfreien“ waren das ganze Jahrhundert darauf gerichtet, politische Freiheiten zu erringen.

Wiederum war es Frankreich, von dem in dem ersten Drittel des Säkulums der Geist des Fortschritts, des Rechtes und der Freiheit ausging. Und schon sehen wir die Arbeiter von dem dritten Stande sich sondern, sie treten mit selbstständigen Forderungen auf, welche die Emanzipation der Arbeiterklasse ermöglichen sollen. Und wiederum später, in der Hälfte des Jahrhunderts, im Jahre 1848, kämpft man auch in Deutschland um politische Rechte, Vereinsrecht, Wahlrecht, für Verfassung, gegen Absolutismus.

Das deutsche Bürgerthum hatte die Führung im dem Freiheitskampf übernommen, die Arbeiter leisteten ihm Heeresfolge, um nach dem Kampfe, nach dem Siege betrogen zu werden. Die Reaktion erhob ihr Haupt, die herrschenden Mächte einigten sich mit den ordnungsliebenden Bürgern, diese gelangten zur ökonomischen und politischen Macht; für dieses Einjengericht verschärferten sie ihre idealen Forderungen, für welche sie unter der stolzen Devise: „Für Freiheit, Gleichheit Brüderlichkeit“ in den Kampf gezogen waren.

Verlassen, aber nicht verzweifelt standen die Arbeitenden da. Einem kleinen Häuflein kam der Gedanke, daß der Kampf um die politische Macht sie ihrer Befreiung entgegen führen könne. Unter diesem Häuflein fand die Lehre Ferdinand Lassalle's Anfang der sechziger Jahre verständige, begeisterte und aufopferungsfreudige Anhänger. Mit der Parole „für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht“ begannen sie die Agitation und das Häuflein schwoll immer mehr und mehr an. Heute sehen wir eine gewaltige Schaar, die den politischen Kampf um die Gesetzgebung führt, die mittels der letzteren eine Neuordnung des sozialen Lebens herbeiführen will, die der Noth, dem Glend ein Ende bereitet, der Arbeit zu ihrem Rechte verhilft und die über dieses allgemeine Ziel nicht vergißt, daß die Enterbten und Entrechteten, die Arbeitsbienen täglich des Schutzes bedürfen, und daher bei jedem ernstge-

meinten Schutze der Arbeitenden, bei jeder wirklichen Besserung ihrer Lage hilfreiche Hand bietet.

Und neben dieser Kämpferschaar blicken wir heute zurück auf circa eine halbe Million gewerkschaftlich organisirter, für Verbesserung der Arbeitsverhältnisse kämpfender Arbeiter, die das letzte Drittel des zu Ende gehenden Jahrhunderts erstehen sah. Ihr Kampfziel besteht darin, die Arbeitsbedingungen so günstig wie möglich zu gestalten, eine höhere materielle und moralische Bewertung der menschlichen Arbeitskraft herbeizuführen, den Schutz der Arbeiter zu einem vollkommenen zu gestalten.

Und zu dieser Kämpferschaar können wir auch die Mitglieder unserer Organisation mit Stolz zählen.

„Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen!“ Trotzdem das Ziel so berechtigt ist, wappnen und rüsten die „Feinde ringsum“ zum Widerstand. Sie fühlen ihre Klassenrechte bedroht, die Herren Profit einheimisenden Unternehmer. Daher ihr Blasen zum frisch-fröhlichen Kampfe gegen die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter. Auch unsere Organisation weiß von diesem Kampfe zu erzählen. Im scheidenden Jahre ist so mancher Angriff auf sie gemacht worden; von der Aussperrung, Aushungerung kämpfender Arbeiter, den Erklärungen unserer Zahlstellen zu politischen Vereinen, den polizeilichen Schließungen, bis zum Geheimverlaß des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, sind Angriffe in überreicher Zahl zu verzeichnen. Sie haben uns weder muthlos gemacht, noch eine Schwächung der Organisation herbeigeführt.

Wie könnte man dies Jahr scheidend lassen, ohne sein bedeutsamstes Ereignis, den Kampf gegen die Zuchthausvorlage, noch einmal in Erinnerung zu bringen? Geplant, die Arbeiter zu verderben, hat sie nur zu einer parlamentarischen Niederlage der volksfeindlichen Elemente geführt, die Arbeiter haben gesiegt. Infolge ihres Sieges ist, anstatt neue Koalitionsnebeln zu schaffen, eine drückende Bestimmung nicht zum Mindesten infolge des Kampfes der Arbeiter beseitigt worden.

Unverzagt sehen wir das alte Jahr scheidend, mit frohem Muth das neue Jahr anbrechen, das neue Jahrhundert heranrücken! Schwere Kämpfe wird es uns bringen! Aber der Muth, den eine große Idee ihren Vertretern verleiht, wird uns in den Kämpfen nicht erlahmen lassen.

Das neue Jahr, des Jahrhunderts Anfang wird den Kämpfen für die Rechte der Arbeit gewidmet sein! In Zuversicht auf den baldigen Sieg allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ein Herzliches Prost Neujahr!

Aufhebung des Verbindungsverbots.

Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten nachstehende Beschränkungen: a) sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen; b) sie dürfen nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen, oder durch gegenseitigen Schriftwechsel. So lautete der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Ungefähr ein Duzend der deutschen Bundesstaaten hatten in ihren Vereinsgesetzen ähnliche Bestimmungen. Das unter b) ausgesprochene Verbindungsverbot ist nun durch Reichsgesetz, welches mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft getreten ist, aufgehoben worden. Damit ist für das Organisationswesen eine Fessel, und zwar eine einschneidende, weniger geworden.

Das Verbindungsverbot ist in Preußen mit der Verordnung über das Vereins- und Versammlungs-wesen vom 11. März 1850 dem heute noch bestehenden preussischen Vereinsgesetz einverleibt worden. Es kam zur Anwendung gegen die Organisationen oppositioneller politischer Parteien. So anfangs der sechziger Jahre gegen den Nationalverein, dann besonders gegen die Organisation der politischen Arbeiterbewegung. Der Staatsanwalt Lessendorf veranlaßte im Februar des Jahres 1874 die Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der mit diesem in idealer Affoziation stehenden Gewerksverbände, weil sie gegen das Verbindungsverbot gesündigt haben sollten. Die Vorstände wurden gerichtlich bestraft. Der Organisation, welche die „Eisenacher“ beschloßen, wurde das gleiche Schicksal

bereitet. Ungezählt sind die Verfolgungen geblieben, die in Preußen und im Reiche auf Grund dieser Gesetzesbestimmungen gegen Zweigvereine inszenirt worden sind. Dann wurde während des Sozialistengesetzes die Bestimmung deshalb unwirksam, weil es Arbeiterorganisationen fast nicht mehr gab. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes sollte auf Grund des § 8 Absatz b noch einmal ein großartiger Zug gegen die sozialdemokratische Partei ausgeführt werden. Man hatte deren Leitung in Verdacht, daß sie mit Berliner Wahlvereinsvorständen u. s. w. in Verbindung getreten sei. Eine polizeiliche Schließung von Vereinen nach großem Stille begann. In dem Strafprozeße wurden der sozialdemokratische Parteivorstand und die übrigen Angeklagten freigesprochen. Seit der Zeit war besonders unsere Organisation das Objekt, an welchem der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes probirt wurde. In frischer Erinnerung ist der Erlass des Oberpräsidenten für die Provinz Sachsen, des Herrn v. Boetticher. Wir behaupteten, daß nicht nur diese Provinz mit einem Erlass, der die Verfolgung unserer Organisation bezwecke, beglückt worden sei. Verschiedene Vorkommnisse können als Beweis für unsere Behauptung gelten. Die Grundlage dieses Erlasses und dieser Erlasse bildete das Verbindungsverbot. Die zur Pflicht gemachte fortgesetzte geschickte Ueberwachung, die darauf sich stützende eventuelle gerichtliche Verfolgung kann nun allerdings zur Schließung aller „Nebenstellen“ des Verbandes in einer Provinz nicht mehr führen. Dagegen bleiben bestehen die unter Absatz a ausgeführten Beschränkungen, und werden diese überschritten, so kann vorbehaltlich des einzuleitenden gerichtlichen Verfahrens die vorläufige Schließung des übertretenden Vereins erfolgen. Das ist Grund genug, daß unsere Kollegen und Bevollmächtigten in allen Verbandsversammlungen jene Bestimmung unseres Statutes beachten (§ 2), nach welcher die Erörterungen politischer und religiöser Fragen ausgeschlossen sind. Tüchtige Kämpfer bieten dem Gegner keine Blößen zum Angriff, liefern ihm keine Waffen!

Das Fazit der Zuchthauskampagne.

U. Der unerwartet rasche und glückliche Ausgang der „Zuchthauskampagne“ ist für die deutsche Arbeiterklasse eine große Genugthuung, denn ihrem einmüthigen Protest, ihrem Druck auf die bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstags ist es zu verdanken, daß die Zuchthausvorlage sammt ihrer nationalliberalen Nachgeburt ohne Ueberbleibsel in den Ortus versenkt wurde. Das Verdienst dieser Mehrheitsparteien, in deren Händen formell die Entscheidung lag, besteht lediglich darin, daß sie, theils aus selbstverständlichen Gründen, theils aber auch sehr widerwillig, der Parole ihrer Arbeiterwähler Folge leisteten. So manche Episode aus diesem Kampfe, die die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums, der Nationalliberalen, des Freisinn in sehr zweifelhaftem Lichte erscheinen läßt, ist bereits registrirt worden und dürfte bei späteren Gelegenheiten ausbringend verwerthet werden.

Am glücklichen Ausgange der Schlacht müssen wir uns jedoch die Frage vorlegen: Was nun? Wie sichern wir uns am besten die Vortheile des verflochtenen Kampfes? Diese Frage drängt aber die andere auf, ob denn überhaupt die entscheidende Schlacht bereits geschlagen sei? Und leider muß die letztere Frage verneint werden, wenn dies auch unsern Siegesjubel erheblich abschwächen dürfte. Gerade die Thatfache, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien gegen die Zuchthausvorlage nur widerwillig, mehr dem Zwange, als dem Zuge ihres Herzens folgend, das Koalitionsrecht vor Verschlechterungen bewahrten, beweist uns, daß die Zukunft des letzteren einzig und allein auf der Kraft der Arbeiterklasse, ihren Willen durchzusetzen, beruht. Der Sieg, auf der Basis einer Zuchthausvorlage errungen, kann leicht zur theilweisen Niederlage werden auf dem Boden eines Reichsvereinsgesetzes, einer Gewerbenovelle oder einer Regelung der Berufsvereine, denn auch dort würden Verschlechterungen der Koalitionsfreiheit genau so nachtheilig wirken, als wären sie auf Grund der v. d. Borgh'schen Kompromißanträge zu Stande gekommen. Es bedarf also auch in Zukunft der ganzen Wachsamkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, um alle Rückfallgelüste der Koalitionsfreunde wider Willen“ unmöglich zu machen.

Ebenso wenig ist die Niederlage der Regierung eine entscheidende und vernichtende, denn sonst müßte

das mit dem Obium der verunglückten Zuchthausvorlage belastete Kabinet Posadowsky-Hohenlohe zurücktreten und einer Koalitionsfreundlichen Regierung Platz machen. Aber daran denkt die jetzige Reichsregierung ebenso wenig, wie an eine Reichstagsauflösung und einen Appell an das allgemeine Stimmrecht. Sie hält im Gegentheil nach eigener Versicherung an ihren Entschlüssen fest und wird, da sie dieselben nicht im Geheißwege proklamieren kann, deren Tendenz im Wege der Verwaltung und Rechtsprechung durchsetzen. Bereits wird auch davon gemunkelt, daß beabsichtigt sei, den Zweck der Zuchthausvorlage im preussischen Landtage zu verwirklichen. Von einer Vernichtung der reaktionären Pläne kann demnach keine Rede sein; die Zuchthausvorlage ist zwar begraben, aber der Entschluß lebt noch recht kräftig, dank der Schwäche unseres Parlamentarismus, der auf die Zusammenfassung der Regierung und auf die Grundzüge der Verwaltung nicht den geringsten Einfluß hat. Ist es nicht beschämend, daß dieselbe Regierung, deren Zuchthausvorlage der Reichstag nicht einmal die Ehre einer Kommissionsberatung würdigte, für ihre anderweitigen Vorlagen von demselben Reichstag volles Vertrauen beanspruchen darf und bei der Mehrheit leider auch findet? Was in Oesterreich und Italien gar nicht denkbar wäre (von England und Frankreich gar nicht zu reden), das gilt dem reichsdeutschen Parlament noch als ein Vorzug. Der Erfolg ist, daß die reaktionären Heher sich nach Ablehnung der Zuchthausvorlage noch frecher gebärden als vorher, weil sie wissen, daß die Regierung auch fernerhin ihre Arbeit besorgen wird. Und was hülfte selbst ein Namenswechsel des leitenden Kabinetts ohne gründliche Personalreform bis in die unteren Verwaltungsregionen hinab, in deren Händen zumeist das Schicksal der Vereine, Versammlungen und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter liegt?

Deshalb ist es erforderlich, dem Kampf für Sicherung des Koalitionsrechtes mit allen Nachdruck zu führen. Dem Kampfe ausweichen wollen hieße nichts Anderes, als die schon lange unhaltbaren Zustände auf diesem Gebiete mit allen behördlichen und gerichtlichen Uebergriffen anerkennen und verewigen und sich praktisch mit dem abfinden, was der Zuchthauskurs auch in gesetzlicher Form festlegen wollte. Der sozialdemokratische Koalitionschutzgesetzentwurf*) war darum eine Nothwendigkeit, inwiefern sich die liberale und ultramontane Presse auch darob ereifern mag. Die Initiative der sozialdemokratischen Fraktion mag den bürgerlichen Arbeiterfreunden ob ihrer zweifelhaften Sympathie für das Koalitionsrecht unbequem sein, — wenn aber ernsthaft an der Sicherung des letzteren gegen alle reaktionären Angriffe, mögen sie von Landtagen, Verwaltungsbehörden oder aus der Rechtsprechung kommen, gelegen ist, der muß für das beantragte Mindestmaß von Koalitionschutz eintreten. Auch die Verbindung dieser Anträge mit der vorliegenden Arbeiterschutznovelle ist nur zu billigen, denn ohne Druckmittel des Reichstags ist von der Regierung niemals etwas zu erreichen, und was nützt den Arbeitern ein lärglicher Arbeiterschutz ohne Sicherung ihrer gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit? Die ängstlich jedem Konflikt aus dem Wege gehen wollen, geben eben alle kampflös alle Rechte des Volkes preis; sie unterschätzen die Widerstandskraft des Volkes, das nur des Rufes bedarf, um seine Freiheiten zu verteidigen und sicher zu stellen. Die Entscheidungsschlacht steht uns noch bevor, — sie muß geschlagen werden und je eher dies geschieht, desto besser. Der Kampf gegen die Zuchthausvorlage wie der Kampf für volle Koalitionsfreiheit, er wird in jeder Session and besonders bei jeder Gewerkschaften wiederkehren, bis er zu unseren Gunsten entschieden ist.

Dann aber muß man sich fragen, woher die reaktionären und die Regierung den Muth nahmen, die Koalitionsentredung gerade auf das Gebiet des sogenannten Arbeiters zu spielen. Daß dieser angebliche Arbeiterschutz weiter nichts als blöde Strafmittel des auf seinen Herrenstandpunkt erpichteten Unternehmertums ist, haben übereinstimmend Brentano und Baffermann konstatirt.

Die ganze Taktik des Arbeiterschutzgesetzes und des Schutzes der Nichtorganisirten beruht lediglich auf der betrübenden Thatsache, daß es noch viel zu viel Unorganisirte und leider auch noch zu viel „Arbeitswillige“ giebt. Die Gewerkschaften bilden den festen Kern einer Arbeiterschaft, die im Allgemeinen mit deren Zielen und deren Taktik einverstanden ist, ohne dauernd deren Mangel zu sein. Gerade die verhältnismäßig geringe Zahl der Organisirten verleitet das Unternehmertum zu der Behauptung, daß die große Masse von der Koalition nichts wissen wolle und nur durch den Terrorismus der Führer gezwungen werde, mitzutreten. Dem widerspricht die Thatsache, daß bei drohenden Differenzen in der Regel die Mehrzahl der Beschäftigten ganz von selbst Zusammentritt bei der vorher antretenden Gewerkschaft macht. Würden aber die bis dahin Organisirten auch in Friedenszeiten keine Mitglieder ihrer Organisation sein und letztere die große Masse der Beschäftigten umfassen, dann müßte sich das Unternehmertum eben damit abfinden und würde schließlich den Gewerkschaften einen höheren Respekt entgegenbringen. Also nur die geringe Werthschätzung und Ausbeutung des Koalitionsrechtes seitens vieler Arbeiter ließ das Märchen vom Koalitionszwang entstehen, wobei freilich der Antikoalitionszwang der

Unternehmer keine geringe Rolle spielt. Mögen alle die Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Erhaltung des Koalitionsrechtes und gegen die Entrechtungspläne demonstrieren, was diesem Rechte auch wirklich Gebrauch machen und sich dem Gewerkschaften anschließen, sowie für deren Ausbreitung eintreten, — darin liegt jedenfalls die sicherste Gewähr, daß das Koalitionsrecht für alle Zukunft erhalten bleibt.

Die Nothwendigkeit des Arbeiterschutzgesetzes wurde aus der absoluten Steigerung der Strafbestrafungen gefolgert. Wie wenig sich aus diesen Zahlen auf eine wechselnde Kriminalität bei Streiks schließen läßt, wurde bereits früher nachgewiesen. Bei den meisten Bestrafungen kommen noch nicht einmal Streikvergehen in streng gesetzlichem Sinne des Wortes in Betracht, sondern berechnete Handlungen, die nur richterliche Befangenheit als Vergehen strafft. Ueber selbst die meisten der übrig bleibenden Uebertretungen könnten vermieden werden, wenn die unselige Praxis verschwände, den Organisationsrat erst beim Beginn von Differenzen beizutreten, weil diese Gelegenheitsmitglieder nicht in gleichem Maße geschult und diszipliniert werden können, als langjährige Gewerkschaftsmitglieder. Manche Verer, die es in Friedenszeiten versäumt hatten, sich für Kämpfe zu schulen, mußte diese Unterlassung bei hinreichendem Temperament mit längerer Strafe büßen. Die meisten und schwersten Streikvergehen kamen regelmäßig in Verufen vor, die vorher nicht oder äußerst mangelhaft organisiert waren. Das sollte Jedem zu denken geben, der bisher seine Pflicht, der Organisation beizutreten, auf die Zeit des Kampfes verschob.

Und wo kommen denn die Arbeitswilligen anders her als aus den Reihen der Heimgiltigen, in denen sie sich während des Friedens wohl geborgen fühlen, bis der Arbeitskampf ihnen die Entscheidung zwischen links und rechts aufdrängt. Die große Masse der Unorganisirten hat im Grunde genommen mit diesen Elementen nicht das Geringste zu thun; sobald es zum Kampf kommt, ist ihre Stellung ganz selbstverständlich in den Reihen der Kämpfenden. Gleichwohl müssen sie sich gefallen lassen, von den Unternehmern als „Arbeitswillige“ betrachtet, mit dem Streikbrechern in einen Topf geworfen zu werden. Ihre eigene Berufsschreibe sollte ihnen gebieten, schon in Friedenszeiten das Tischhändchen zwischen sich und den Herrrathern ihres Standes zu zerbrechen, letztere durch rechtzeitige Organisation zu isoliren und jeden Verkehr mit ihnen abzubrechen. Dies würde viel erzieherischer auf jene Elemente wirken als die durch Austrikt und Gleichgiltigkeit zur Schau getragene geringe Werthschätzung der Organisation.

Endlich hat auch die Zerspaltung der Arbeiterschaft in verschiedene Organisationen, je nach religiöser oder politischer Gesinnung, dazu beigetragen, den Gegnern des Koalitionsrechtes den Raum zu schwellen. Nirgends aber ist diese Zerspaltung gefährlicher als auf gewerkschaftlichem Gebiete, wo zahlreiche Arbeiter wenigen Unternehmern gegenüberstehen, die nicht nach religiöser oder politischer Unterschieden fragen, sondern lediglich ihr wirtschaftliches Interesse rücksichtslos zur Geltung bringen. Könnte das nicht auch von Seiten der Arbeiter geschehen und hat nicht gerade die einmüthige Abwehr der geplanten Koalitionsverschlechterungen gelehrt, was Großes eine einmüthige Arbeiterschaft zu leisten vermag? Müßten denn immer und immer wieder, zur Freude unserer Gegner, untergeordnete Trennungspunkte hervorgezogen werden, die auf wirtschaftlichem Gebiete von keiner oder doch nur untergeordneter Bedeutung sind? Wie anders gerüstet stände die Arbeiterschaft da, wenn alle die jetzt getrennt marschirenden und sich aufs heftigste beschendenden Richtungen zu einer Einheit verschmelzen würden! Sie würde auch ganz anders von den Unternehmern respektirt werden und manche Forderung kampflos durchsetzen, die den mangelhaftesten Organisationen von heute große Opfer kostet. Mögen daher alle die in anderen Berufs- und Gewerksvereinen organisirten Arbeiter, die gleich uns für die Erhaltung des Koalitionsrechtes kämpfen, aus dieser Kampagne auch die richtigen Konsequenzen ziehen, daß auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes alle Arbeiter die gleichen, gegen das Unternehmertum gerichteten Interessen haben und der vollsten Einheit und einheitlichen Organisation bedürfen, um diese wirksam zu schützen.

Die zentralisirten Gewerkschaften sind die einzigen neutralen Berufsorganisationen, die weder nach der Konfession, noch nach der politischen Gesinnung ihrer Mitglieder fragen und ebenso wenig religiöse wie politische Zwecke verfolgen. Sie sind aber auch die einzigen, die wirklich für eine Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter in jeder Beziehung eintreten. Ihnen sollten sich daher alle diejenigen anschließen, die aus der verflochtenen Zuchthauskampagne gelernt haben, daß nur die Einheit der Arbeiterklasse alle Gefahren fernzuhalten und bleibende Vortheile zu sichern vermag.

Soziale Rundschau.

— **Reichliche Fabrikinspektoren.** Wie die Gleichheit berichtet, ist als Assistentin der Fabrikinspektion in Würtemberg Frau Marie Grünau ernannt worden. Von Frau Grünau ist bekannt geworden, daß sie Wittwe ist, in Stuttgart wohnt und als Maschinenführerin in der württembergischen Kammer der Standesherrn thätig war. Ihr verstorbenen Mann war zuerst Inspektor der großen Pulverfabrik in Rottweil, welche Herr v. Dudenhofer, einem berühmten württembergischen Schärfmacher, gehörte, dann Direktor der Pulverfabrik in Para in Brasilien. Die Dame ist

weder in den Kreisen der Frauenarbeiterinnen bekannt, die sich mit Wohlfahrtseinrichtungen befassen, noch in denen der Arbeiterinnen. Letztere haben aber in ihrem eigenen Interesse zu verlangen, daß man zu dem wichtigsten Posten eines weiblichen Assistenten Personen anstellt, die praktische Erfahrung über die Existenzbedingungen der Arbeiter verfügen und auch einigermaßen das wissenschaftliche Maßmaß mitbringen. Oder denkt man auch hier: Wenn Gott ein Auk giebt, dem giebt er auch Verstand?

Eine Assistentin der Fabrikinspektion für Baden ist im ordentlichen Etat dieses Staates für 1900/1901 vorgesehen. Die Regierung äußert sich dazu wie folgt: „Es soll dem Fabrikinspektor eine wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiterin zur Mitwirkung bei der Gewerbeaufsicht in Betrieben mit vorwiegend weiblichen Arbeitsverhältnissen beigegeben werden. Ihre Verwendung wird zunächst eine vertragsmäßige sein, dann eine jährliche Vergütung von 2000 Mk.“ Die von der kabinetsregierung beschlossene Neuerung unterscheidet sich dadurch vorthellhaft von dem entsprechenden Vorgang in anderen Staaten, daß das Amt der Assistentin offenbar als ständige Einrichtung und nicht als bloßer „Versuch“ gedacht ist, denn der Posten ist im ordentlichen Etat aufgenommen. Zu bezweihen ist auch, daß eine wissenschaftlich geschulte Hilfskraft angestellt werden soll.

— **Preisaus schreiben für Arbeiterschutz.** Das Eisenwerk Thal, Aktiengesellschaft, erläßt für eine Schutzvorrichtung oder Angabe eines Arbeitsverfahrens, durch das Verletzungen der Hände bei den Arbeiten an den Excentren, Karbeln, Frictions- und Spindelpressen, wie sie für die Emailblechgeschirre-Herstellung verwendet werden, unmöglich gemacht werden, ein Preisaus schreiben. Als Preis sind 5000 Mark ausgesetzt. Das Preisgericht behält sich das Recht vor, bei nur theilweiser Erfüllung der gestellten Aufgabe einen Betrag von 2000 Mk. zur Vertheilung zu bringen für die besten Konstruktionen oder Arbeitsmethoden, welche dem Schutz gegen Verletzungen der Hände bei den angegebenen Arbeiten wirksam fördern. Das Preisgericht besteht aus dem Herron Geh. Regierungsrath Professor R. Hartmann, Dirigent der technischen Abtheilung des Reichs-Versicherungsamtes, Geh. Bergrath Professor Dr. H. Weidling, Berlin, Ingenieur Kirchner, Berlin-Friedenau.

— **Unfallstatistik für 1897.** Nach der soeben erschienenen amtlichen Bearbeitung der Unfallstatistik für 1897 wurden bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften in diesem Jahre 252.382 Unfälle angemeldet, von denen 41.746 ansschädigt wurden. Versichert waren 5.994.453 Personen. Für die gesammte Unfallversicherung wurden dagegen bei 6.558.824 Versicherten 45.971 Unfälle entschädigt.

Die Unfälle hatten nach dem Stande von Mitte 1898 zur Folge:

28.369 = 61,71 Proz.	eine Erwerbsunfähigkeit unter 25 Proz.
8.009 = 17,42 „	„ „ „ „ „ 25—50 „
2.531 = 5,51 „	„ „ „ „ „ 50—75 „
2.189 = 4,76 „	„ „ „ „ „ 75—100 „
4.874 = 10,60 „	den Tob.

Es ist wiederum festgestellt worden, daß sich, bezogen nach dreistündigen Zeiträumen, die meisten Unfälle in den Stunden von 9—12 Uhr Vormittags und 3—6 Uhr Nachmittags ereigneten, das heißt zu einer Zeit, wo die Ermüdung der Arbeiter am größten ist. Das beweist aufs Neue, daß Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verminderung der Unfälle zur Folge haben würde.

— **Lehrreiche Zahlen.** Die westfälische Drahtindustrie im Ganzen mußte im abgelaufenen Geschäftsjahre wegen Mangel an Rohmaterial eine Betriebs-Einschränkung vornehmen, so daß der Gesamtumsatz gegen das vorhergegangene Jahr um 845.762 Mk. geringer war. Die Zahl der Arbeiter und gleichfalls vermindert, sie betrug 2277 gegen 2294 und der durchschnittliche Jahresverdienst des einzelnen Arbeiters fiel von 1039,65 Mk. auf 1005,36 Mk. Der Nettogewinn aber stieg von 956.022 Mk. oder 416 Mk. pro Kopf des Arbeiters auf 1.059.745 Mk. oder 465 Mk. pro Kopf des Arbeiters. Also verminderte Arbeiterzahl, vermindertes Arbeitslohn, erhöhter Gewinn.

— **Das deutsche Zentralkomitee zur Errichtung von Lungenheilstätten** hält seine Generalversammlung Mittwoch, den 10. Januar 1900, im großen Saale des Reichskanzlerpalais ab. Sie wird außer geschäftlichen Mittheilungen einen Vortrag des Landraths Dr. Liebrecht über die Tuberkulose auf Grund der bestehenden sozialpolitischen Gesetze in Deutschland entgegennehmen.

— **Die neuen Invalidenmarken.** Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichsversicherungsamtes über die Beschaffenheit der neuen Invalidenmarken. Es werden nach dem neuen Gesetze Marken für eine Woche, für zwei Wochen und für dreizehn Wochen ausgegeben. Die Marken für eine Woche unterscheiden sich in den verschiedenen Lohnklassen zunächst durch die Farbe des Druckes. Der Druck ist in der ersten (niedrigsten) Klasse roth, in der zweiten blau, dritten grün, vierten rothbraun und fünften gelb. Aufgedruckt sind der Name der ausgebenden Versicherungsanstalt, die Nummer der Lohnklasse in lateinischen und der Geldwerth der Marken in arabischen Zahlen. Außerdem unterscheiden sie sich noch durch die nach Klassen wechselnde Art, wie der Name der Versicherungsanstalt aufgedruckt ist. Die Marken für zwei Wochen gleichen den ersten in der Größe, sind aber in der Zeichnung abweichend, die eine Hälfte in silbergrauer Farbe für alle Klassen gleich und tragen außer den Bezeichnungen der Lohnklassen noch den Ausdruck: „Zwei Wochen“. Die Marken für dreizehn Wochen sind wesentlich größer

*) Anmerkung: Diese Entwürfe wurden in der Reichstags-Sitzung vom 1. Dezember gegen die Stimmen der Antikoalitionsgegner abgelehnt.

wie die beiden anderen Sorten und auch in der Zeichnung stark abweichend, ebenso zeigen sie auf dem Ausdruck der Klasse und des Gewerkschafts noch den Ausdruck: „Dreizehn Wochen“. Ihre Farbe ist für alle Klassen gleich. Sämtliche Marken tragen den Reichsadler.

Von der Agitation — gegen uns. In Sonneborn unweit Gotha ist der Lohn gar gering. Die Arbeiter erhalten 1 Mk. und wenn es hoch kommt 1,20 Mk. pro Tag. Begreiflicher Weise sind sie mit dieser Summe, die wohl bei dem „harmlosen Theile“ des deutschen Volkes kaum zur Begahlung eines halben Dutzend Cigarren hinreicht, nicht zufrieden. 1,50 Mk. möchten sie pro Tag verdienen. Um dieses Ziel zu erreichen, gründeten die Leute unter Beihilfe der Gothaer Kollegen eine Zählstelle. — So weit gut! — Aber nun kamen die Ortsgrößen und begannen den geistigen Kampf gegen das durch Anschlag an die Organisation bethätigte Uebermaß von Begehrlichkeit. Zum 11. Dezember ließ der „Herr Pfarrer“ (Pfarrer) eine Versammlung einberufen und unterzog darin die Leistungen und Ziele unserer Organisation einer absprechenden Kritik. Zunächst war es die Karenzzeit, die dem Herrn wohl geeignet schien, den Leuten die Verbandszugehörigkeit zu verleiden. Die Mitglieder müßten erst ein Jahr dem Verbands angehören, bevor sie durch einen Streik ihre Lage verbessern könnten.

Ganz stimmt das nun nicht, Herr Pastor! Wir haben ein Streikreglement (Das Statut haben Sie ja wohl? Allerdings nicht von uns! D. H.), da heißt es auf Seite 17 unter § 12: „Das Recht, Unterstützung zu beanspruchen, haben nur Mitglieder, die drei Monate dem Verbands angehören und zum Streikfonds gesteuert haben. Ein kleiner Unterschied! Was? Daß wir auch schon Mitglieder bei Arbeitseinstellungen unterstützt haben, die kaum drei Wochen, geschweige denn drei Monate oder gar ein Jahr dem Verbands angehört haben, sei nur so nebenher bemerkt.

Nach dem „Herrn Pfarrer“ soll es fraglich sein, ob die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes nach zweijähriger und fünfjähriger Mitgliedschaft das Sterbegeld erhalten, denn die Gewährung hänge von dem Ermessen des Vorstandes ab.

Der Herr weiß offenbar nicht, daß in Preußen gewerkschaftliche Vereine als Versicherungsvereine betrachtet und behandelt werden, wenn sie in ihren Statuten die Versicherungspflicht an die Mitglieder aussprechen. Aber kann der Herr einen Fall anführen, wo wir uns geweigert haben, statutarisch begründete Ansprüche der Mitglieder zu erfüllen? Einen solchen Fall anzuführen, dürfte dem Herrn sehr, sehr schwer fallen. Nach der Abrechnung für das dritte Quartal 1899 sind 275 Mk. an Sterbegeld gewährt worden. Die Hinterbliebenen der verstorbenen Mitglieder hatten weiter nichts zu thun, als das Mitgliedsbuch und die Sterbeurkunde dem Bevollmächtigten zur Beförderung an uns zu übergeben. Dann wurde anstandslos das Sterbegeld ausbezahlt. Weiß es der Herr anders? Dann bitte, heraus mit den Beweisen!

Nach bezüglich aller anderen Unterstützungen wird nicht anders verfahren.

Unsere Abrechnungen liefern ja dafür den blühendsten Nachweis! Und die über zwanzig Tausend Mitglieder unseres Verbandes braucht man wahrlich nicht so niedrig einzuschätzen, daß sie sich selbst beim bösen Willen des Vorstandsvorstandes, ein X für ein U vorzumachen ließen, Pflichten erfüllen, ohne in den Genuß von Rechten zu gelangen, so etwas giebt es nicht bei Arbeiterorganisationen. Was wir versprochen, wird auch schon „sehr“ erfüllt, wir verzöhlern die Mitglieder nicht auf eine spätere, bessere Zeit! In unseren Versammlungen, in denen die Mitglieder ihre Ansprüche geltend machen können, ist es auch nicht Mode, daß bloß Einer redet. Das — Einer hört und auf des Meisters Worte schwört“ trifft nicht bei uns zu. Jedes Mitglied kann mit allem Nachdruck seine ihm billig erscheinenden Forderungen vertreten.

Dann erwarte der Herr noch Zweifel in den Mitgliedern, ob sie über die am Orte verbleibenden 33 1/2 Prozent frei verfügen könnten. Auch darüber giebt die Abrechnung Auskunft! Vielleicht findet der Herr, im Falle er sich die Mühe macht nachzusehen, daß sogar einige Zählstellen — allerdings zu unserem Leidwesen — noch mehr als 33 1/2 Prozent verbrauchen.

Kurzum, die Kritik des Herrn trifft in allen Punkten sicher — daneben. Was veranlaßt den Herrn, sich mit uns zu befassen? Sicher hört es nicht zu seinen Berufspflichten, sich darum zu kümmern, ob die Arbeiter einer Gewerkschaftsorganisation angehören oder nicht. Das Streben zu verhindern, daß die Arbeiter durch eine Organisation zu anspruchsvolleren Menschen herangebildet werden, scheint uns von den selbstverständlichen Pflichten weitab zu liegen.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Selbstberichtigung. W. sind das Opfer eines tödtlichen Zufalles geworden. Die in Nr. 24 unseres Organs besprochene Aufforderung des Polizei-Präsidenten von Frankfurt a. M. ist nämlich zu einer Zeit dem Vertrauensmann in Frankfurt zugestellt worden, als dieser tatsächlich nach amirte. Die Aufforderung selbst hat durch gerichtliches Verfahren ihre Friedfertigkeit gefunden. Wir sehen irrtümlicherweise voraus, daß diese neuerdings erlassen und knipfen dementsprechende kritische Bemerkungen daran, welche wir hier mit als uninteressant zurückschicken. Die Red.

Von der Agitation.

Zurückblickend auf die Konferenz in Bremen sollte eine Reihe von Verhandlungen in den für den 15. in Betracht kommenden Orten abgehalten werden. Als Referent über in Aussicht genommen der Gewerkschaften aus Hamburg, der aber insbesondere wurde. Dem Vorstand wurde nicht rechtzeitig Kenntnis von der Beschränkung gegeben, so kam es, daß in der ersten in Bremen tagenden Versammlung ein Referent überhaupt nicht anwesend war, in den übrigen Versammlungen hatte Herr Herr Bürger aus Hamburg das Referat übernommen. Dieses lautete in allen Versammlungen: „Die Bedeutung des Gewerkschaftswesens und die wirtschaftliche Entwicklung.“

Am 11. November tagte die zweite Versammlung in Bremen. Der Besuch war, da ein schauerhaftes Wetter herrschte, nur ein mäßiger. In der Diskussion wurden die Verhältnisse verschiedener Bremer Betriebe besprochen und auch hervorgehoben, daß der Herr Pfarrer im Begriff sei, durch unbegründete Entlassungen den eben erst mit seinen Arbeitern geschlossenen Friedensvertrag zu brechen. Die Organisation sei noch zu schwach, das wurde allseitig eingesehen, und deshalb müsse mehr praktische Organisationsarbeit geleistet werden. Eine Resolution, welche zum Eintritt für die Organisation verpflichtete, von welcher gesagt wurde, daß sie keine papierenen bleiben möge, wurde angenommen.

In Delmenhorst tagte die Versammlung am 12. November. Am Abend fand die Feier des 5. Stiftungsfestes statt, bei welcher Gelegenheit Herr Bürger eine der Gelegenheiten angepaßte Ansprache hielt. Besonders wurde die Bedeutung der Mitarbeit der Frauen am Werke der Befreiung der Arbeit hervorgehoben.

Eine Versammlung für Gemeinden, Sebaldsbrunn und Hastedt tagte am 14. November und war lebhaft besucht. Es waren besonders viel Frauen und Mädchen erschienen. Das Referat wurde recht aufmerksam angehört und beifällig aufgenommen. In der Diskussion wurde von Vertretern des Textil- und Bauarbeiterverbandes gegen das „Vorbringen“ unseres Verbandes Stellung genommen und beantragt, von der Gründung einer Zählstelle Abstand zu nehmen. Dieser Antrag wurde nach einiger Debatte abgelehnt. Im Großen und Ganzen sind hier die Organisationsverhältnisse schon einigermaßen gut entwickelt. Nur in den großen Betrieben zeigt sich der Fabrikfeudalismus in seinem besten Lichte. Vor einer Fabrik fanden zwei Gewerkschaftsgruppen und vertheilten am Ausgange bei Arbeitsbeginn die Einladungen zu dieser Versammlung. Für diese im Interesse der Gesamtheit der Arbeiter verrichtete Arbeit ernteten unsere Genossen — man sollte es kaum für möglich halten — argsten Spott und Hohn! Die noch sehr rückständigen Arbeiter der betr. Fabrik — und ihrer waren viele, ja die meisten — stellten sich also noch so zur Gewerkschaft!

Am 15. November tagte eine Versammlung in Oldenburg. Hier ist wenig Industrie und Gewerkschaftigkeit. Einige größere Betriebe bestehen zwar (Textil- und Metallbranche), aber die Arbeiter dieser großen Betriebe sind noch sozusagen von jedem organisatorischen Gange unberührt geblieben. Die Arbeiter der Textilbranche sind hier erbeimgelassen. Die Arbeiterfamilien sind früher aus dem Süddeutschen und dem Auslande herangeholt worden und von da kommt übrigens auch frischer Nachschub. Die Versammlung war verhältnismäßig schwach besucht (ca. 60 Personen). Eine Zählstelle wurde gegründet und Mitglieder aufgenommen. Bei ruhiger und sanfter Organisationsarbeit dürfte auch hier bald eine starke Organisation erwachsen.

In Barel in Oldenburg tagte am 16. November eine gut besuchte Versammlung. Barel ist ein Städtchen von ca. 6000 Einwohnern mit 6 Bankgeschäften. Das zeigt, daß hier ein Städtchen „Nationalreichthum“ steckt, von dem aber die Arbeiter verbannt wenig haben. Der Verkauf war ein glänzender. Barel hat eine ausgezeichnete gewerkschaftliche Bewegung aufzuweisen. Von den hiesigen gelehrten Arbeitern sind ca. 290 nicht organisiert und 118 organisiert. Die nichtorganisierten Arbeiter stehen in der Organisation noch weit zurück. Von ca. 820 Fabrikarbeitern u. s. w. gehören nur 100 dem Verbands an. Die Zahl der in lands- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist ziemlich groß. Hier ist die Bewegung noch nicht eingedrungen. Für die beim Fortschreiten beschäftigten Arbeiter schwanken die Tagelöhne zwischen 1,80 bis 2,00 Mk. bei 10 Stundenarbeit und 12 Stunden Arbeitszeit.

In der Ziegelei verdienen im Höchstdfall die Leute 3,50 Mk., im Sommer und 2,40 Mk. im Herbst. Das Durchschnittsergebnis wird auf 2,30 Mk. angegeben. Die Arbeitszeit dauert von Morgens 3 bis Abends 7 Uhr. Die Kleinigkeit von 17 Stunden. Einige Arbeiter verdienen in der ganzen Saison 400 Mk. Es besteht nun hier ein Verhältnis, das dem Zwangsverhältnis ziemlich nahe kommt. Beim Abschluß der Rechnung wurden in mehreren Fällen ganze 32 Mk. ausbezahlt. Also dafür ist es unannehmlich gescheit worden. Ah, da fällt mir eben ein, daß die hiesige Firma in großen allmächtigen Bettern an ihrer Werte als mene tekel für die Arbeiter den Spruch angebracht hat: „Bete und arbeite.“

Bel' und arbeit, ruft die Welt, Bete kurz, denn Zeit ist Welt.

Hier sagen die Arbeiter spöttlich: „Bete kurz, denn Zeit — hab Nachsicht.“ Auf dieser Ziegelei wird, das ist charakteristisch, 16 Stunden täglich gearbeitet. Nach dem angeführten Berechnungswert der matten Lebensunterhalt hier 300 Mark. Dazu kommen Steuern, Miete, Kleidung u. s. w. Besonders wurde hier über die Wohnungsverhältnisse geklagt. Seit 50 Jahren werden schon keine Arbeiterhäuser gebaut. Die Mieten für kleine Wohnungen schwanken im Durchschnitt zwischen 80 und 150 Mark. Für unter 100 Mark giebt es nur selten eine Wohnung und im Uebrigen sind die Mietpreise stark im Steigen begriffen. Außerdem lassen die Wohnungen sehr zu wünschen übrig.

Die auf den 17. November für Cuxhaven geplante Versammlung fiel leider aus.

Für Warkade-Semvort tagte eine Versammlung am 19. November. Hier ist das Versammlungsgelände bei unserm Vertrauensmann H. Bedmann in Warkade. Die Arbeiter kommen hundweise her um hier an den Versammlungen theilzunehmen zu können. Für unsere Organisation kommt hauptsächlich die Vorstand-Fabrik in Hemmoor in Betracht. Es sind da ca. 1500 Arbeiter beschäftigt. Davon sind organisiert ca. 70. Die Fluktuation dieser Gewerkschaft ist eine sehr starke. Circa 600 Hiesige bilden den Stamm und sind das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Die Löhne beizien sich im Durchschnitt auf 2,50 Mk. pro Tag. Im Winter ist der Lohn geringer. Das Jahreseinkommen beläuft sich auf ca. 750—800 Mk. Die Ausgabekosten für den Lebensunterhalt sind, wenn selbst bescheiden, aber ordentlich gelebt werden soll, bedeutend höher. Hier wird auch von einer gewissen Wohnungsnot berichtet. Die Mietpreise sind im Steigen begriffen und betragen jetzt 100—150 Mk. In Folge der mangelhaften Organisation haben die Arbeiter so gut wie gar keinen Einfluß auf das Arbeitsverhältnis. Das besagt auch schon die Arbeitsordnung für diese Fabrik in ihrer Einleitung: „Von allen Arbeitern, welche aus der Vorstand-Fabrik Hemmoor beschäftigt sind, wird erwartet, daß sie zum Bedienen der Fabrik nach besten Kräften beitragen und durch Fleiß, Sorgfalt, Treue und gutes Betragen ihr und sich selbst zu nützen suchen. Sie haben sich der nachstehenden Arbeitsordnung zu unterwerfen und erkennen sie durch ihren Eintritt in die Arbeit resp. durch ihr Verbleiben in derselben als Vertrag zwischen sich und der Fabrikverwaltung an.“ Paragraf 4 besagt unter Anderem: „Das (1) Tagelohn wird

je nach der Jahreszeit von der Fabrikverwaltung bestimmt.“ Die Arbeiter führen lebhaftest Beschwerden über die oftmals unwürdige Behandlung, das Strafgedröckchen u. s. w. Die Arbeitszeit dauert 10 Stunden täglich. Ueberstunden kommen viel vor und werden mit nur 25 Pf. entschädigt. Na vor ungefähr 5 Jahren die Zählstelle wurde gegründet wurde, hat die Fabrikverwaltung alle Möglichkeiten der Unternehmerrückwärts spielen lassen, um die Organisation zu zerstören. Den Arbeitern wurde verboten, die Verbandszeitung, „Werkarbeit“, Monatsblätter u. s. w. zu lesen oder zu unterstützen. Über dem Verbands betrat, wurde mit Entlassung bedroht. Viele, viele Arbeiter sind hier deswegen auch schon entlassen worden. Es wurde sogar entlassen, wer es sich erlaubte, in das Haus des Vertrauensmannes zu gehen, dessen Besuch entgegenzunehmen oder gar mit ihm sprach. Der Kampf ist hier energisch geführt worden und die Organisation ist nicht gestört worden. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und waren auch viele Frauen anwesend. Der Vortrag wurde auch hier aufmerksam und beifällig aufgenommen. Mehrere interessante Arbeiter und Fabrikarbeiter sagten am Schlusse der Versammlung, daß ihnen der Kampf der Arbeiter um ihr Recht in einem ganz anderen Lichte erscheine und sie für Ausbreitung der Organisation noch entschieden als bisher eintreten wollten. Gerade über die wirtschaftlichen Verhältnisse müsse auch in den ländlichen Distrikten noch mehr Aufklärung verbreitet werden.

In Stade und Lüneburg waren die Versammlungen sehr schwach besucht. Der Stand der Organisation bewegt sich in beiden Orten sozusagen auf Null. Die Löhne sind dementsprechend außerordentlich niedrig. In Stade sind schon öfter Versammlungen arrangirt worden. Die Anwesenheit der Organisation ist den Arbeitern zu Stade schon oft vor Augen geführt worden, aber bisher ist allem Anschein nach taubere Ohren gepredigt worden. Ist jetzt schon der Stand der Lebenshaltung überall ein niedriger, was soll da erst werden, wenn wir uns wieder in der Depression befinden? Hoffentlich werden alle Fabrikarbeiter des 15. Hauses bald einsehen, daß sie nur am Verbands einen guten Haß haben.

Zu Bitterfeld Kollegialziege öffentliche Versammlungen ab in Bitterfeld, Schwanau und Stöckelb. Trotz des fürchterlichen Regens war die Versammlung in Bitterfeld gut besucht. Die Anwesenden folgten nicht nur mit großer Aufmerksamkeit dem Vortrage, sondern eine Anzahl Kollegen theilnahmen sich auch recht lebhaft an der Debatte, eine Reihe von Wünschen in den dortigen Betrieben kritisierend. Eine Anzahl neuer Mitglieder brachte auch diese Versammlung. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist, dank der unermüdbaren Thätigkeit unserer dortigen Kollegen, die Mitgliederzahl auf 900 gebracht. In Stöckelb. war die Versammlung leider nur schwach besucht, dagegen war in Schwanau eine glänzende Versammlung. Bereits vor der festgesetzten Zeit war das Lokal überfüllt und mit heftigen Interjektionen folgten die Anwesenden dem Vortrage. Nach einer lebhaften Debatte traten 2 Personen dem Verbands bei. Da auch hier die Leitung in guten Händen, hat sich die Zählstelle in letzter Zeit erfreulicherweise gut entwickelt.

Berichtigung.

In dem in voriger Nummer abgedruckten Artikel: „Aus Inhalt“ darf es nicht heißen: in 10 Tagen 12 Versammlungen, sondern in 9 Tagen 11 Versammlungen.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. Am 6. Dezember referierte Kollege Rasch aus Lübeck in einer öffentlichen Versammlung bei Th. Buchholz Ottensen, über das Thema: „Hat die Gewerkschaftsbewegung eine Zukunft?“ Der Redner führte zunächst die mangelhaften Verhältnisse der Regierungen durch die Zuchtvorsorge an, den Arbeitern die letzten Reste der Koalitionsfreiheit zu rauben, giebt sodann einen kurzen Rückblick über die Vergangenheit der G.-B. und führt aus, daß vor ca. 150 Jahren die Zunftorganisationen, obwohl äußerlich stark, doch jeder geistigen Bewegung entbehrt hätten und wäre die Hauptursache die Veranlassung von Vergewaltigungen gewesen, wozu durch alle möglichen Strafen Gelder angehäuft wurden. So hätten die Arbeiter sich nach einer aufgewandten Mühe nur sogenannten Luksusse 27 Thaler ausgegeben, eine für die damalige Zeit sehr hohe Summe. Während früher die Arbeiter weiter nichts kannten, als 6 Tage arbeiten und den Sonntag auf der Herberge zu verleben, und derjenige, der gefahren und über das Gesehene nachgedacht, so selten war wie ein weißer Hase, gebe es heute wohl fast keinen Arbeiter, der nicht eine Zeitung oder sonstige Lektüre liest und über die Tagesfragen nachdenkt. Dieses sei hauptsächlich eine Frucht der Gewerkschaftsbewegung. Auch lehre die Primordialpolitik, daß in den Gegenden, wo die Gewerkschaftsbewegung fest sich gefaßt, nicht so viele Verbrechen vorkommen als dort, wo dieselbe noch sehr rückständig sei. Redner führt sodann, unterstützt durch einige Beispiele, an, wie die Arbeiter sich durch eine gute Organisation Löhnerhöhungen errangen, oder Angriffe der Arbeitgeber abwehrten hätten. Gemeinlich für die Gewerkschaftsbewegung würden begangene Fehler, deshalb sei es Pflicht, solche so viel wie möglich zu vermeiden und begangene wieder gut zu machen. Außerdem lägen die Gefahren für die G.-B. nicht in den Kleinsten, sondern in den Großstädten. Während jene, welche vom Lande nach den Großstädten ziehen, mit der Zeit einen guten Stämm bilden, verlieren dagegen die Großstädte aus ihrer fröhlichsten Bevölkerung die meisten Arbeitswilligen. Redner führt diese Behauptung durch einige Beispiele aus Lübeck zu beweisen. Der größte Gemeinlich der G.-B. sind jedoch die eigenen unorganisierten Kollegen, deshalb konnten auch die Arbeitgeber eine ungeheure Forderung wie die Zuchtvorsorge an die Regierung stellen. Daß der Kern der G.-B. gut sei, beweise der Haß der Arbeitgeber gegen dieselbe. Ferner führt Redner noch aus, daß viele Streiks von der Willkür der ungelerneten Arbeiter abhängen. Deshalb sei es auch für die Zukunft der G.-B. von Bedeutung, wenn eine gute Organisation der ungelerneten Arbeiter vorhanden sei. Den Redner lobte für seine Ausführungen reichlich Beifall. Nachdem noch Kollege Wisenbiller die Anwesenden zum Eintritt in den Verband aufgefordert, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Genossen, am 6. Dezember tagende öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen von Altona-Ottensen verspricht nach den Ausführungen des Referenten, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß der Verband der Fabrik-, Land-, Hülsenarbeiter und Arbeiterinnen immer stärker wird und die Organisation so eingerichtet wird, daß sie der modernen Arbeiterbewegung tüchtig macht.“ (Na, wie dächten, auch bislang habe unsere Organisation der Arbeiterbewegung keine Nachre gemacht. D. H.)

Soltau. Eine öffentliche Versammlung tagte Sonntag, den 10. Dezember. Zum ersten Punkte der Tagesordnung erhielt das Wort Kollege Deder aus Magdeburg. Er referierte über die Klagen der Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft. Redner griff zurück bis zur Sklaverei, freite dann die Christenbewegung in England und kam endlich auf unsere jetzigen Verhältnisse zu sprechen, daß die Arbeiter immer trotz ihrer Kapitalmacht es noch für richtig halten, sich in Verbänden und Kräfte zu verbinden, also doppelt gewappnet uns gegenüberstehen; nun sei es die heiligste Pflicht jedes Arbeiters, sich zu organisieren. Zum Punkt „Beschwerden“ erhielt das Wort

Kollege Pannide, der noch einmal zum Beitritt aufforderte und dann die wichtigsten Bestimmungen des Streikreglements zur Kenntnis brachte.

Düsseldorf. Die Entwicklung der Technik und die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und Zukunft bildete das Thema, über welches Kollege Brandau aus Hagen in der am 3. Dezember tagenden Versammlung referierte. Er führte die großartigen Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Technik an, welche eine Erhöhung der Ergiebigkeit der Arbeit bei gleichzeitiger Ersparnis an Arbeitskräften zur Folge haben. Die Arbeiter würden in den schlimmsten Fällen drohlos, würden dem Verbrecen in die Arme getrieben. Im Uebrigen verändere der technische Fortschritt mit seiner Vermehrung der Konkurrenz unter den Arbeitern, daß die Entwicklung der Arbeitsbedingungen gleichen Schritt halte mit der Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Vermehrung der gesellschaftlichen und staatlichen Verpflichtungen. Der Referent betonte dann die Nothwendigkeit der Organisation, deren Vortheile für die Arbeiter und Schlichter die Nachteile, welche unorganisirte Arbeiter erleiden. Einige Diskussionsredner äußerten sich im gleichen Sinne und kritisirten noch die Gleichgültigkeit der Düsseldorf'ser Kollegen.

Eilenburg. Eine öffentliche Versammlung tagte am 8. Dezember. Der in Aussicht genommene Referent war nicht erschienen. Dafür referierte Kollege Krautner über: „Haben die Eilenburger Arbeiter und Arbeiterinnen es nothwendig, sich zu organisiren?“ Redner führt den Nachweis, daß diese Frage zu bejahen sei. Er wies auf die örtlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen hin und unterzog das Uebelstunnenwesen einer eingehenden Kritik. Nur dadurch, daß die hiesige Arbeiterschaft der Organisation gleichgiltig gegenüber gestanden hat, ist es dahin gekommen, daß Stundenlöhne von 16-20 Pf. bezahlt werden. In Folge solcher Hungerlöhne tritt mangelhafte Ernährung ein, an Stelle guter Nahrungsmittel treten minderwertige Ersatzmittel. Schlechte Ernährung, schlechte Kleidung müssen dann auf den Körper einwirken, dazu kommen Ueberanstrengung, schlechte Arbeits- und ungunstige Wohnverhältnisse. Die Folgen sind dann langwierige Krankheiten, Lungentuberculose, Augenentzündung und Tuberculose, das Ende frühzeitiger Tod. Die schlechte Entlohnung macht sich aber auch bemerkbar für die Familie, denn da, wo der Verdienst für den Einzelnen kaum ausreicht, muß diese selbst dann mit Wenigem vorlieb nehmen. Das zeigt sich am kräftigsten durch die schreckliche Zunahme der Kindersterblichkeit unter den arbeitenden Klassen. Bessere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeiterschutz, das sind die Forderungen, für welche wir durch die Organisation einzutreten haben. Nach einer eingehenden Debatte und nachdem sich 4 Mann in unseren Verband aufnehmen ließen, erfolgte Schluß der interessanten Versammlung um halb 1 Uhr.

Fechenheim. In unserer Mitgliederversammlung am Dienstag, den 5. Dezember, bildete ein Vortrag des Kollegen Meyer aus Bürgel: „Die Arbeiterbewegung und der Baaren-Konflikt“, den ersten Punkt der Tagesordnung. Redner unterwarf sich seiner Aufgabe in anerkannter Weise, indem er das gegenwärtige Verhältnis der beiden genannten Faktoren und ihre Bedeutung unter den modernen Produktionsverhältnissen in leicht verständlicher Weise erklärte. — Kollege Klippner wurde als Hilfskassirer einstimmig gewählt. Nachdem auch Kollege Meyer die Einberufungen, welche an den Hilfskassirer gestellt werden, in treffender Weise gekennzeichnet waren, dies Amt mit Erfolg betreiben werden soll, erfolgte Schluß der Versammlung.

Griesheim. Eine für Montag, den 4. Dezember, geplante öffentliche Versammlung konnte wegen verspäteter Anmeldung nicht abgehalten werden. Das Lokal und der angrenzende Garten waren überfüllt. Am folgenden Tage referierte dann Kollege Träger aus Offenbach über: „Zweck und Ziel der Organisation“. Der Vortrag war insofern von Erfolg gekrönt, als sich 25 Personen in den Verband aufnehmen ließen, darunter auch eine Kollegin, die erste von den vielen hier beschäftigten Arbeiterinnen.

Hamm. Am 14. Dezember hielt in unserer Versammlung Kollege Meyer einen Vortrag über Arbeiterschutzgesetzgebung, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Hieran wurde vom Kollegen Ahrens der Kartellbericht gegeben. Daraus geht hervor, daß nochmals eine Urabstimmung über die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats in den Gewerkschaften stattfinden soll und zwar bis 1. Februar. Es sollen dazu vom Kartell besondere Stimmzettel ausgegeben werden. Dann brachte Kollege Ahrens nochmals das von den Vorständen der Hamburger Zahlstellen beantragte gemeinsame Stiftungsfest zur Sprache, welches mit 27 gegen 5 Stimmen Zustimmung fand. Auf Antrag der Bevollmächtigten wurden dem Kollegen Hell, der seit 13 Wochen wegen eines doppelten Beinbruchs im Krankenhaus liegt, 30 Mk. bewilligt. Hieran wurde die Ergänzungswahl von zehn Beisitzern zu dem Sylvestervergange vorgenommen. Der Bevollmächtigte theilte noch mit, daß in der kombinierten Versammlung eine Lohnkommission gewählt sei, und ersuchte die Mitglieder, bei entgegenstehenden Differenzen die Arbeit nicht sofort niederzulegen, sondern erst der Lohnkommission Mitteilung zu machen. Von der Kaffeesterei von Kaitheiner konnte kein Bericht gegeben werden, weil die beiden Kollegen, welche bei dem Direktor vorstellig gewesen sind, nicht anwesend waren.

Katzenberg. In der letzten Versammlung sprach Kollege Drechsel über den Zweck der Organisation im Allgemeinen. Daraus schloß sich eine Auseinandersetzung über den Zweck unserer Organisation im Besonderen. Dem Verbande konnten dadurch einige neue Mitglieder zugesetzt werden. Unter diesem Jahreswinterversgange soll am 30. Dezember im alten Gesellschaftssaale abgehalten werden, und wird dasselbe durch Theateraufführung, Gesangsbeiträge und Aufführung lebender Bilder verziert werden. In das Festkomitee wurden 4 Personen gewählt. Dann erbatete der Kartelldelegierte Bericht, worauf die Wahl des Delegierten erfolgte. Nach Erledigung interner Angelegenheiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Mannheim. Dienstag, den 12. Dezember 1899, wurde eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Mannheim abgehalten, welche von nicht zahlreichem Besuche auswich. Unter dem Vorsitz von Kollege Meyer wurde die Tagesordnung abgelesen, es wurde die Agitation auf der Rheinseite zwar angefangen, jedoch, nachdem nur 9 Mitglieder erschienen seien, wurde der Vortrag unterlassen. Von dem Bevollmächtigten wurde kein richtiger Ernst in dieser Sache gezeigt; seit Wochen warteten die Mitglieder in Mannheim und Rhein auf eine Versammlung, jedoch ohne Erfolg, da kein Lokal aufzufinden gewesen sei. Nach Erledigung dieser Angelegenheit erhielt Arbeitersekretär Kagenstein das Wort zum Vortrag über das Thema: Der Arbeitsvertrag nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Er erklärte in erster Linie den Begriff Recht und Pflicht. Zur Sicherung der zur Zeit herrschenden unzureichenden Arbeitsverhältnisse hätte man ein sogenanntes bürgerliches Recht geschaffen, welches, da Recht nur der Ausdruck der Macht ist, die Macht bedevte, welche eine Herrschaftsgewalt der anderen gegenüber zur Anwendung bringen kann. Jedem nun bei Schaffung des bürgerlichen Gesetzbuches für die herrschenden Klassen alles Mögliche gethan

worden, sei für die große Masse, für die Arbeiter wenig abgefallen. Das Arbeiterrecht umfasse einen verschwindend kleinen Theil und nehme auch eine nur untergeordnete Stelle ein. An der Hand zahlloser Beispiele aus dem Leben führte Redner den Mitgliedern klar vor Augen, was sie als Recht zu beanspruchen haben und was sie als Unrecht unterlassen müßten; Der ausführlich gehaltene Vortrag erregte sichtlich das Interesse der Mitglieder und erzielte der Referent am Schluß seines lehrreichen Vortrages ungetheilten Beifall. Unter Verschiedenem machte Genosse Kagenstein die Mitglieder auf die beiden vordringlichsten Stadttagungen aufmerksam, 1. das Arbeiterrecht, 2. Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Allenfalls könnte man eine größere Anzahl zusammen kommen lassen, er würde die Bestellung besorgen, bei größerer Bestellung würde Preisermäßigung eintreten. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erörtert waren, schloß der 1. Bevollmächtigte die Versammlung.

Podersdorf. Unsere am 10. Dezember tagende gut besuchte Versammlung beschloß, die Mitglieder zu verpflichten, für den Fall, daß ein Kollege stirbt, 25 Pf. zu entrichten. Den Ertrag erhalten die Hinterbliebenen des Verstorbenen. Dann wurde die Anschaffung einer Tafel zum Aufhängen in dem Vertheilungsbüro beschlossen. Dann wurden die Kollegen Herrn. Brunns, Friedrich Aug. Carl Bing und Wilhelm Wiese als Hilfskassirer gewählt. Am Sylvestertage wird ein gemüthliches Beisammensein der Mitglieder veranstaltet.

Potsdam. Am 7. Dezember tagte hier eine öffentliche Versammlung, die sich mit den im nächsten Jahre den Bauarbeitern zu unterbreitenden Forderungen befaßte. Es wurde beschlossen, die nachstehend aufgeführten Forderungen zu stellen: Für Kalt- und Steinträger ein Mindestlohn von 40 Pf. die Stunde, für alle anderen Arbeiter ein Stundenlohn von 35 Pf., 8stündige Arbeitszeit, ... Anerkennung unserer Organisation; für Ueberstunden, die jedoch nur in dringenden Fällen zu machen sind, ist ein halber Lohnzuschlag zu geben, desgl. bei Wasser- und schwarzer Arbeit; für Träger bei den Fuhrern ein Lohnzuschlag von 5 Pf. pro Stunde; gänzliche Abschaffung der Vorkarbeit, jeden Sonnabend 1 Stunde und jeden Sonnabend vor den großen Festtagen 2 Stunden früher Feierabend ohne Vesper, jedoch ohne Lohnkürzung. Der Lohn muß bis Feierabend ausgezahlt sein. Die Worte müssen der vorzeitigen Vorchrift entsprechend sein. Eine wasser- und luftdichte Baubude ist zu errichten, wenn 5 Mann beschäftigt sind. Die Bude ist vom 1. November bis 1. April mit einem Ofen zu versehen. Diese Forderungen gelten für Potsdam und bis auf 7/8 Kilometer im Umkreise. Darüber hinaus muß ein entsprechendes Landgeld gezahlt werden. In die Lohnkommission wurden die Kollegen F. Löwe, P. Kluge, W. Schulz, W. Kretschmann und Franz Kaufmann gewählt. Nachdem noch Kollege Seyffert zur Arbeiterschutzkommission gewählt worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rothenburgsort. Am 13. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung bei v. Egen. Die Kollegen Müller und Schwarz erstatteten den Kartellbericht. Daß das Kartell sich wieder mit der Frage der Gründung eines Arbeiterssekretariats beschäftigte, wurde von der Versammlung freudig begrüßt. Es wurde den Mitgliedern an's Herz gelegt, die ihnen zu diesem Zwecke zugehenden Abstimmungsformulare auch alle auszufüllen. Betreffs der Angelegenheit Suchowidz wurde beschlossen, von einer gerichtlichen Klage Abstand zu nehmen, da derselbe sich inzwischen bereit erklärt hat, eine Ehrenerklärung im „Hamburger Echo“ und „Proletarier“ zu veröffentlichen. Nachdem noch die Kollegen Staaler und Schulz als Hilfskassirer gewählt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Stettin. Sonntag, den 11. Dezember, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitglieder-Versammlung in Pommerensdorf im Lokale des Herrn S. G. Behr ab. Zunächst wurde die Frage besprochen: Wie stellen wir uns zum Bause eines Gewerkschaftshauses. Die Licht- und Schattenseiten des Projektes wurden eingehend gewürdigt. Bezüglich des Aufbringens der Mittel erklärte sich die Versammlung gegen eine Kassesteuer und für die Uebernahme einer Kasse für unsere Zahlstelle im Betrage von 4-500 Mark. Als Hilfskassirer werden die Kollegen Freyer, Manris, Kaiser, Kohler und als Ersatzmann Wok gewählt. Eine Kommission wurde gewählt, die sich mit der Entlassung des Mitgliedes Kaiser, welcher auf der Delmühle von Bander beschäftigt war, befaßen soll. Dem Komitee zum Weihnachtsvergange wurde Ermächtigung erteilt, bis zu 25 Mk. zur Ausbesserung des Saales verwenden zu können.

Teigel. Montag, den 11. Dezember, tagte unsere Mitgliederversammlung. Hauptpunkt war Stellungnahme zu dem Antrage des Bauvorstandes nach welchem pro Mitglied und Quartal 5 Pf. an die Agitationskommission zur Bestreitung der Agitationskosten geleistet werden sollen. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu. Darauf wurde die Wahl von zwei Hilfskassirern beschlossen und vorgenommen. Die Wahl fiel auf die Kollegen Keffart und Andres.

Wiblmühlburg. Am 12. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung. Der bestellte Referent war nicht erschienen. Unter Vorwandsangelegenheiten brachten verschiedene Mitglieder lebhaft Klagen über die Hilfskassirer vor. Trotz der Anwesenheit wurde bei vielen Mitgliedern nicht kassirt. Kollege Stengenberg beantragte, die Hilfskassirer allmonatlich zu einer Sitzung zu berufen, damit die Führung einer Kontrolle über ihre Thätigkeit möglich sei. Kollege Schramm widersprach diesem Antrage. Die Führung der Kontrolle sei heute schon dem zweiten Bevollmächtigten möglich. Ein anderer Kollege führte an, daß auch die Mitglieder die An- und Ummeldung unterlassen und dann doch Beschwerde führten, ihre Beiträge würden nicht erhoben. Die ganze Angelegenheit wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. In dieser soll auch die Angelegenheit des Kollegen Streb ihre Erledigung finden.

Wolfsbüttel. Werthe Kollegen! Da unsere Zahlstelle am 17. Mai 1896 gegründet worden, so müßten die in diesem Jahre ausgegebenen Mitgliedsbücher bis 31. Dezember laufenden Jahres vollgeheftet sein. Dafür wird ein Ersatzbuch geliefert. Die verhefteten Kollegen werden nun ersucht, ihre Beitragsreste bis spätestens 15. Januar zu begleichen, damit wir in die Lage kommen, die Zahl der zu bestellenden Ersatzbücher ermitteln zu können. Der erste Bevollmächtigte.

Wolgast. Einige Unterstüßungsgesuche hatte die Versammlung vom 2. Dezember zu erledigen. Eines derselben wurde abgelehnt. Dem Kollegen L., der Wolgast wegen der Differenzen auf dem Quittungswert Kappel verlassen muß und der noch kein Jahr dem Verbande angehört, wurde ein Darlehen von 10 Mark, rückzahlbar am 1. Juni 1900, gegeben. Als Reifegehalt wurden demselben 3 Mark bewilligt. Dann wurde die Angelegenheit des Kollegen F. und der Kollegen von der Brauerei Schumacher zur Sprache gebracht. Es ward beschlossen, den Herrn Brauereiführer zur nächsten Versammlung zu laden, und dann die Angelegenheit zu schlichten. Bezüglich der Entlassung des Kollegen M. soll der Bevollmächtigte Erledigungen eingehen, warum M. entlassen ist. An die Versammlung schloß sich ein gemüthliches Beisammensein der Mitglieder an.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch Nr. 63 721 S. II, ausgehellt am 11. Oktober 1899 zu Braunschweig, auf den Namen Franz Kolte.
Buch Nr. 10 483, auf den Namen Albert Derber lautend, aufgenommen in Harburg, Ersatzbuch ausgestellt in Stade.

Quittung.

Seit dem 12. Dezember gingen folgende Beträge ein:
Waltershausen 30 Mk.
Für Fische: Raderdorf 8,80; Seipitz 6,25; Suchowidz, Rothenburgsort 0,75 Mk.
Schluß: Sonnabend, den 23. Dezember 1899.

Nachtrag zu Versammlungs-Anzeigen.

Berlin. Das Reifegehalt für die Zahlstellen Berlin, Charlottenburg, Tegel und Nizdorf wird in Berlin beim Kollegen G. Schumann, Kolbergerstraße 22, Nachm. von 1-4 Uhr, ausbezahlt.
Grevesmühlen. Jeden 1. Sonntag im Monat, Abends 7 Uhr: Versammlung in Gadeke's Gasthaus.
Rüthen. Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. eines jeden Monats, Nachm. 8 1/2 Uhr: Versammlung im Gasthof zum goldenen Engel. Reifegehalt zahlt Kollege Teuerjahr, Kleiner Neumarkt 4, aus.
Landshut. Alle 14 Tage Versammlung. Reifegehalt zahlt Kollege Obermeier, Ab. 7-8 Uhr und Mittags 12 bis 1 Uhr, aus.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Eschershausen. W. Barnet.
Fintzen. (Gau 12.) Fr. Weiler.
Gonshausen. (Gau 12.) Ph. Dah.
Göppingen. Albert Hildebrandt, Blumenstraße 52.
Halle a. S. (Norden). (Gau 5.) Gottl. Müller, Giebichenstein, Adolfsstraße 4.
H. a. S. D. Döfler, Brauhausgasse 3.
Hamburg-St. Georg. J. Oriem, Postdörferstr. 14, S. III. I.
Hartha i. S. Paul Miffelwitz, Flemingingen.
Hocht a. M. Konrad Müller, Gospitalstr. 1, 1. St.
Holenberg. (Gau 2.) Aug. Halper.
Landshut. Jos. Obermaier, Brackstraße 5, 1. St.
Lettin. (Gau 5.) Carl Ohme, Gallestraße 35.
Mannheim. (Gau 11.) M. Welsch, Weillstraße 23.
Wüggeln b. Dresden. (Königreich Sachsen). Vertrauensmann Otto Kaumann, Ringstraße 23, I.
Neufahrn b. Ergoldsbach. (Gau 10.) Rudw. Binder, Nr. 19.
Nietleben. (Gau 5.) E. Walbheim, Passendorfer Weg 10.
Olvenstedt. Herm. Kliner, Knattenberg.
Rübeland (Harz). Aug. Stanz, Burgstraße 3.
Srelich i. M. W. Uterhurl, Wesenbergerstr. 234.
Speyer II. Georg Schreiner, Steinmeiergasse 20.
Sudenburg. Alb. Falob, Aurfürstenstraße 34.
Thiede. Hermann Bauer.
Traumünde. (Gau 16.) Friedrich Wulz, Hintere Reihe 81.
Wernigerode. Paul Schulz, Ragendeiß 11.
Wohlfühl i. Westf. (Gau 15.) Friedrich Runge.
Wurzach. Otto Wüttner.

Sterbetafel.

Wilh. Dierke aus Schöna, geb. am 23. November 1840, eingetretten am 27. Juli 1897, gestorben am 17. November 1899.
Fritz Krintau aus Redelin, geb. am 30. Juli 1869, eingetretten am 25. Juli 1899 zu Wedel, gestorben am 10. Dezember zu Redelin.

Inserate.

Zahlstelle St. Georg.

Mittwoch, den 10. Januar 1900, Abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Gommel, Magelweg 31. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreichen Besuch ersuchen 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

An die Zahlstellen des Gau 11!

Laut Beschluß des Gauvorstandes findet die II. Gaukonferenz Sonntag, den 18. Februar 1900, Vormittags 10 Uhr, in Ludwigshafen statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
 2. Bericht der Delegirten.
 3. Unsere künftige Organisation.
 4. Anträge der Zahlstellen.
 5. Wahl des Stiches des Gauvorstandes.
 6. Wahl des Ortes der nächsten Konferenz.
- Wir ersuchen die Zahlstellen, zur Konferenz Stellung zu nehmen und ihre Wünsche, Anträge und die Anmeldung der Delegirten bis zum 10. Februar 1900 an uns einzusenden. Die Angabe des Lokals erfolgt später.
Der Gauvorstand.
F. A.: M. Welsch, Mannheim, Weillstraße 23, 2. St.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.

Zahlstelle Gießen.

Am Sonntag, den 7. Januar 1900, beim Gastwirth Heuser, Gießen, Schifferbergerweg:
Christbaumverloosung
mit Konzert und Theater. — Gäste sind willkommen. Eintritt 20 Pf. Anfang 3 1/2 Uhr.
Um recht zahlreiche Theilnahme bittet 1,80 Mk.] Der Vorstand.
0,75 Mk.]

Ehrenerkklärung.

Hierdurch nehme ich die Beleidigung gegen Fr. Niemann und Fr. Voss zurück und erkläre sie für Ehrenmänner.
Hamburg-Rothenburgsort. Th. Suchowicki.

Zahlstelle Roßlau.

Sonntag, den 14. Januar 1900:
II. Stiftungsfest
Bestehend in Theater und Ball. — Die Kollegen in den benachbarten Verbandsorten sind freundlichst eingeladen. 1,20 Mk.] Das Festkomitee.

Quittungsmarken,
= Rabattmarken, Kaufstempel, =
sowie alle Druckarbeiten in Buch- u. Steindruck
Liefert sauber und preiswerth
Konrad Müller,
Scheidnis-Leipzig. Schenckis-Leipzig.
Zustricke Preislisten gratis.